



Foto: fotolia/trubavink

Foto: dpa/Ebrahim Noroozi



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 27. Juni 2017

72. Jahrgang/Nr. 147

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### G20-Abrüstung

René Heilig hofft, dass vom Protest in Hamburg vor allem Zeichen der Menschlichkeit ausgehen.

»Wenn es ernst wird, werde ich immer ruhiger«, sagte der Einsatzleiter der Bundespolizei, als ihn Journalisten nach seiner beruflich wohl wichtigsten Eigenschaft fragten. Das möchte man allen wünschen, die – auf welcher Seite und in welcher Eigenschaft auch immer – den kommenden G20-Gipfel in Hamburg mitgestalten. Doch die Aussichten dafür scheinen nicht gut. Schon beim kleinsten Anlass, so sagen Polizeiführer, werde man konsequent eingreifen. Wenn die staatliche Macht dann noch demonstrativ ihre Gefangenen-Sammelstelle vorzeigt und zugleich Demonstranten das Recht auf Unterkunft abgesprochen wird, so ist das Aufstachelung zu Hass. Mit der man nicht nur jene Protestierende herausfordert, die Erfahrung in militanter Hamburger Kleingruppentaktik haben.

Gerade deshalb wäre kontrollierte Ruhe ein Zeichen bürgerrechtlicher Überlegenheit. Auch wenn der Mensch hinterm Polizeihelm kaum erkennbar ist, er oder sie ist nicht das Ziel. Das sind vielmehr jene, die sich in Hamburg – trotz aller inneren Widersprüche – mal wieder als Weltregierung aufspielen. Jene also, die Kriege führen und daran verdienen. Es sind jene, die das Klima killen, die Seuchen, Hunger und Bildungsarmut erzeugen, statt sie zu mindern. Wer dagegen zeigen will, dass Hamburg nicht die Stadt ist, von der aus die Welt weiter in Arm und Reich geteilt wird, sollte neben aller Wut gegen diese Politgangster auch zeigen, wie menschlich und solidarisch alle jene sind, die eine andere Welt schaffen wollen.

## UNTEN LINKS

Jüngsten Äußerungen des Berliner Bürgermeisters Michael Müller (SPD) zufolge soll der Schriftzug »OST«, der am Wochenende vom Dach der Berliner Volksbühne entfernt wurde, durch den Schriftzug »DIDI« ersetzt werden. Weiter sei geplant, den Tanztheaterfuzzi Chris Dercon nun doch wieder zu entlassen und an seiner statt als neuen Intendanten den beliebten Volksschauspieler Dieter Hallervorden zu engagieren. »Die normalen Leute wollen diesen Kunstkäse nicht«, so Müller auf Nachfrage. »Jetzt macht Didi einfach abwechselnd Witzereizählabende und Esoterikfachmessen in dem Haus, dann ist die Bude immer voll.« Auch Hallervorden zeigte sich zufrieden: »Mein neues Theaterstück wird »Eine koschere Flasche Pommes« heißen. Es wird eine lustige Komödie über den Nahostkonflikt werden.« Die Hauptrollen stehen auch schon so gut wie fest: Xavier Naidoo als Freiheitskämpfer, M. Schweighöfer als M. Schweighöfer und Norbert Blüm in der Titelrolle als Pommesflasche. tbl

# Aktenzeichen NSU ungelöst

Ausschuss legt Abschlussbericht vor – Opposition fordert ehrliche Aufklärung



Schluss mit der Vertuschung! Aufklärer im Parlament hoffen wieder auf mehr Unterstützung durch die Öffentlichkeit.

Foto: imago/Peter Homann

Berlin. An diesem Dienstag wird der Abschlussbericht des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses an den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert übergeben. Darin sind zahlreiche Versäumnisse und Vergehen von Sicherheits- und Geheimdienstbehörden aufgelistet. Die Linksfraktion und die der Grünen fügten jeweils ein Sondervotum an. Die Opposition im Bundestag fordert vehement, dass die Aufklärung der Terrortaten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) weitergehen müsse. Gleiches gilt für die Aufarbeitung der Versäumnisse und Fehler, die von Geheimdienst- und Sicherheitsbehörden begangen wurden.

In dem Abschlussbericht werfen die Ausschussmitglieder unter anderem dem Land

Hessen eine erhebliche Beeinträchtigung der Aufklärung vor. Nicht nur Akten wurden lückenhaft herausgegeben. Auch offene Fragen im Zusammenhang mit dem Landesverfassungsschutz sind genannt. So war der V-Mann-Führer des Geheimdienstes Andreas Temme am 6. April 2006 vor dem Mord an Halit Yozgat am Tatort, einem Internetcafé in Kassel. Die Mordtat wird dem NSU zugeschrieben.

Der damalige Innenminister Volker Bouffier (CDU) habe Temme die Ermittler vom Hals gehalten, so ein Vorwurf. Der jedoch sei »Un-sinn«, erklärte der heutige hessische Ministerpräsident am Montag. Er war als Zeuge vor den NSU-Untersuchungsausschuss in Wiesbaden geladen. Damals habe er vor einem Interessenkonflikt bei seiner Entscheidung gestan-

den, V-Leute des Verfassungsschutzes direkt von Polizisten befragen zu lassen, sagte Bouffier. Wenn die Quellen offengelegt worden wären, hätte das erhebliche Auswirkungen auf die Beobachtung der islamistischen Szene in Nordhessen gehabt. Zudem konnte sich Bouffier nicht daran erinnern, bei einem Grillfest des Freundeskreises CDU im Verfassungsschutzamt Temme begegnet zu sein. Es sei »Freud und Leid« eines Politikers, dass er viele Grillfeste besuchen müsse.

Das rechtsterroristische NSU-Netzwerk, das im Herbst 2011 aufflog, ermordete zwischen 2000 und 2006 mutmaßlich zehn Menschen. Zudem verübte das Kerntrio mindestens drei Bombenanschläge sowie zahlreiche Banküberfälle. nd Seite 2

# Hamburger Gipfel unter Waffen

19 000 Polizisten machen Hafencity zur Festung – Trump bringt 600 Secret-Service-Agenten mit

Die Schläger, die jüngst beim Erdogan-Besuch in Washington Demonstranten angriffen, sind beim G20-Gipfel unerwünscht. Doch auch andere Potentaten bringen ihre Prätorianer mit.

Von René Heilig

Es ist grundsätzlich üblich, dass bei internationalen Gipfeltreffen die Personenschutz der Staats- und Regierungschefs bewaffnet sind. Und entsprechend haben bislang schon mehrere Staaten eine entsprechende Erlaubnis erbeten. Die USA, Großbritannien, Mexiko, Südafrika, Vietnam und die Niederlande gehören dazu, berichten Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Zuständig für die Sicherheit der Gipfelteilnehmer ist das Gastgeberland. Im direkten Umfeld der Gäste hat die BKA-Sicherungsgruppe das Sagen. Bislang, so ist aus Sicherheitskreisen zu erfahren, werden 42 Gipfelteilnehmer

als »gefährdet« eingestuft. An ersten Stelle steht dabei US-Präsident Donald Trump. Es folgen der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Kollege Recep Tayyip Erdogan. Wie viele Personenschützer die mitbringen, ist angeblich noch unklar. Sicher ist, dass der US-Präsident von einer kleinen »Prätorianer-Armee« begleitet wird. 600 Agenten des für den Präsidentenschutz zuständigen Geheimdienstes Secret Service werden in Hamburg erwartet. Sie lassen selbstverständlich vorab bereits das »Beast« – so der Spitzname für die Präsidentenlimousine –, diverse Begleitfahrzeuge und Trumps Marine-Hubschrauber einfliegen.

Noch geheim ist, wo Trump absteigen wird. Sicher dagegen ist, dass man auf Hamburgs Flughafen Fuhlsbüttel bereits einen Platz für die Air Force One und diverse Transportflugzeuge gesichert hat. Zuständig für die Sicherheit auf dem Airport ist die

Bundespolizei. Normalerweise ist sie dort mit rund 500 Beamten vertreten. Zu Gipfelzeiten werden 3800 Bundespolizisten in die Hafencity geholt. Dutzende von ihnen müssen auch die viel frequentierte Bahnstrecke sichern, die nur

Beim G20-Treffen in Hamburg werden elf Polizeihubschrauber, 185 Hunde und 70 Pferde eingesetzt.

einen Steinwurf von dem Messengelände, wo die Beratungen der G20 stattfinden werden, verläuft. Man ist gerade dabei, zusätzliche Sicherungen aufzubauen und die Videoüberwachung zu verstärken. Dennoch wird jeder vorbeifahrende Zug von Bundespolizisten und Mitarbeitern der DB begleitet. Auch der Hauptbahnhof

verlangt Aufmerksamkeit. Er wird täglich von 500 000 Reisenden benutzt. Doch auch für alle anderen bundesweit verteilten Einheiten – einschließlich der GSG-9-Elite – besteht eine Urlaubssperre. Denn man geht davon aus, dass Terroristen, die sich möglicherweise gleichfalls auf den G20-Gipfel vorbereiten, nicht ausgerechnet in dem Gebiet mit der größten Polizeidichte Deutschlands Straftaten begehen wollen.

Dass Hamburg über die größte Polizeidichte verfügt, ist klar. 19 000 Beamte aus allen Bundesländern werden zusammengezogen. Im Einsatz sind elf Polizeihubschrauber, 185 Hunde und 70 Pferde. Die Leitung des Einsatzes obliegt der Hamburger Polizei. Sie und nur sie, so bestätigt der Erste Bürgermeister der Stadt, Olaf Scholz (SPD), ist zuständig und habe sein vollstes Vertrauen. Die rund 50 Millionen Euro an zusätzlichen Sicherheitskosten wird der Bund tragen.

# Regierungsbildung in Großbritannien

Theresa May schließt Abkommen mit nordirischer DUP

London. Die Minderheitsregierung in Großbritannien steht. Drei Wochen nach der Parlamentswahl hat sich Premierministerin Theresa May mit der nordirisch-protestantischen Democratic Unionist Party (DUP) auf ein Abkommen zur Zusammenarbeit geeinigt. Dies war nötig geworden, da die Tories ihre absolute Mehrheit im Unterhaus verloren hatten. Die Vereinbarung wurde am Montag in London unterzeichnet. Sie sieht vor, dass die DUP-Abgeordneten die Premierministerin bei den Brexit-Gesetzen, in der Haushalts-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sowie bei allen Vertrauensabstimmungen unterstützen.

Bei allen weiteren Themen will die DUP »von Fall zu Fall« entscheiden. Sie lehnt beispielsweise Schwangerschaftsabbrüche strikt ab. Für die DUP-Unterstützung soll Nordirland in den kommenden zwei Jahren eine Milliarde Pfund zusätzlich aus London erhalten. Die erste Vertrauensabstimmung steht bereits Donnerstag an, wenn die Abgeordneten im Unterhaus über Mays Regierungsprogramm abstimmen. AFP/nd Seite 8

# Risiko für Altersarmut steigt

Studie zeigt enorme Schwächen des Rentensystems auf

Gütersloh. Immer mehr künftigen Rentnern droht laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung Armut. Das Rentensystem sei schlecht auf den Wandel der Arbeitswelt vorbereitet, jeder fünfte Neuruheständler ab 67 Jahren könnte 2036 von Altersarmut bedroht sein, hieß es. Auch werde die Grundsicherungsquote steigen. Reformen müssten deshalb stärker Risikogruppen, veränderte Erwerbsbiografien und die Situation an den Kapitalmärkten in den Blick nehmen.

Die Diakonie forderte die Einführung einer Mindestrente. Diese solle 30 Beitragsjahre voraussetzen und höher sein als die Grundsicherung. Zudem müsse der Mindestlohn existenzsichernd sein. Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, forderte eine Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent sowie eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro netto.

Unterdessen gab die Deutsche Rentenversicherung bekannt, dass 2016 ein Minus von 2,2 Milliarden Euro aufgelaufen sei, das die Rücklagen schmelzen lasse. epd/nd Seite 5

# Trump bekommt teilweise Recht

Oberstes US-Gericht eröffnet neue Runde um Einreiseverbote

Washington. Etappensieg für Donald Trump: Das Oberste US-Gericht macht für Teile der Einreiseverbote des Präsidenten den Weg frei. Das erklärte der Supreme Court am Montag in Washington. Das oberste Gericht wird im Herbst in der Hauptsache verhandeln.

Trump wollte ein 90-tägiges Einreiseverbot für Personen aus den überwiegend muslimischen Ländern Iran, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen. In dieser Zeitspanne will die Regierung an besseren Mechanismen zur Überprüfung von Visa-Antragstellern arbeiten. Zudem soll es einen 120-tägigen Einreisestopp für Flüchtlinge aus allen Ländern geben. Mehrere Bundesgerichte hatten das Inkrafttreten blockiert. Daraufhin hat die Regierung das höchste Gericht angerufen, das sich über die Vorinstanzen hinwegsetze. Aus dessen Begründung geht hervor, dass der Präsident bestimmten Personen die Einreise verbieten darf. Das Gericht schreibt aber auch, wer »echte« (bonafides) oder glaubhafte Beziehungen zu den USA nachweise, dürfe weiterhin einreisen. dpa/nd

